

**Dringliche
INTERPELLATION** von Esther Holm (Grüne, Horgen)

betreffend Hilfeleistung des Kantons bei der Bewältigung der Drogenproblematik

Fragen:

1. In welchen Gemeinden, mit welchem Angebot und welcher Platzzahl gedenkt der Regierungsrat Stellen für die kontrollierte Abgabe von Betäubungsmitteln einzurichten?
2. Stehen dabei richtigerweise die Städte Zürich, Winterthur, Bülach, Dietikon, Uster und Wetzikon auf der Prioritätenliste?
3. Wo sind niederschwellige Hilfsangebote und mit welcher Ausrichtung (Wohnen, Arbeit, Kontakt, Anlaufstellen, Gassenzimmer) geplant?
4. Wie sieht die finanzielle Unterstützung durch den Kanton aus?
5. Ist der Kanton bereit, die Gemeinden durch finanzielle Anreize zu bewegen, selbst oder im Verbund mit anderen in diesem Bereich initiativ zu werden?
6. Mit welcher Fachunterstützung durch den Kanton können die Gemeinden rechnen?

Esther Holm

Dr. M.T. Büsser-Beer
H. Müller
A. Weil
A. Kugler
P. Honegger
M. Bäumle
I. Meier
R. Huonker
K. Wottle

Th. Büchi
D. Schloeth
R. Genner
E. Frischknecht
G. Petri
V. Püntener-Bugmann
F. Müller
H. Kunz
M. Eisenlohr

Dr. H. Sigg
Ch. Schwyn
D. Vischer
S. Huggel-Neuenschwander
Dr. J. Gunsch
Dr. H. Fischer
M. Ott
H.P. Amstutz

Begründung:

Allmählich dämmert es allen, die für die Drogenproblematik langfristige Lösungen suchen, dass ein Handeln auf verschiedenen Ebenen dringend nötig ist. Eine Schliessung des Lettenareals ohne ein Konzept für die Betreuung der Drogenabhängigen ist nicht mehr denkbar. Es geht nun darum, die begonnenen Gespräche zwischen Bund, Kanton und der Stadt Zürich zu konkretisieren und erste Massnahmen einzuleiten. Es genügt nicht, wenn alle davon reden, dass gehandelt werden muss, niemand aber den Anfang wagen will. Der Kanton soll deshalb die Führungsrolle übernehmen und den Gemeinden gangbare Wege aus dem Drogendilemma aufzeigen und sie auch tatkräftig unterstützen.